

Die Situation in der Türkei

17.09.2017

Zusammenfassung	- 2 -
Einführung	- 2 -
Objektive Berichterstattung.....	- 3 -
Justiz, Politik, Mentalität.....	- 3 -
Referendum: Spaltung statt Sieg	- 4 -
Wie immer: EU unfähig richtig zu reagieren.....	- 4 -
Neue Position der Türkei?.....	- 4 -
Eine neue Situation.....	- 5 -
Information und Desinformation	- 5 -
Definitionshoheit bei Erdoğan?.....	- 6 -
Erdoğan und Gülen: Ein gefährlicher Konflikt	- 6 -
Fakten	- 7 -
Folgen für Bürokratie und Justiz.....	- 8 -
Ausländische Investitionen - im Risiko?.....	- 8 -
Die AKP und Gülen.....	- 9 -
Entwicklung der AKP	- 9 -
Die AKP als Plattform für Gülen	- 9 -
Der notwendige Bruch	- 10 -
Gülen's Angriff die Vernetzung von Politik und Bürokratie	- 10 -
Reaktion des AKP-Establishments	- 11 -
Der Putsch v. 15.7.2016	- 12 -
Die Frage der Urheberschaft	- 12 -
Das türkische Militär und die Politik	- 12 -
Das Scheitern des Putschs	- 13 -
Die Wahrheit... ..	- 14 -
Die Säuberungen	- 14 -
Gefahr für den Rechtsstaat	- 16 -
Nicht unter jedem Stein lauert Erdoğan	- 16 -
Willfähige Justiz?	- 16 -
Überforderte Justiz	- 17 -
Gülen-Bewegung - eine „terroristische“ Vereinigung im Rechtssinne?	- 18 -
Missbrauch des Notstandsrechts	- 18 -
Das Ende der Pressefreiheit	- 19 -
Die unrühmliche Rolle des Verfassungsgerichts	- 20 -
Die ersten Gülen-Verfahren	- 21 -
Erdoğan - ein Diktator?	- 21 -
Reaktionen aus Europa.....	- 22 -
Verfassungsänderung	- 24 -
Ausblick.....	- 24 -
Links und Hinweise	- 26 -

Zusammenfassung

Die aktuelle Situation der Türkei wird durch den Notstand beherrscht, der durch die Regierung unter dem Staatspräsidenten Erdoğan genutzt wird, um das Staatssystem der Republik Türkei neu zu gestalten.

Ausgelöst wurde der Notstand durch einen Putschversuch am 15.7.2016, der nach der Lesart der türkischen Regierung durch die Gülen-Bewegung angezettelt wurde. Seither findet eine Hexenjagd statt, der auch viele Regierungskritiker zum Opfer fallen, denen die Unterstützung der Gülen-Bewegung oder der PKK oder beider „Staatsfeinde“ vorgeworfen wird. Rechtsstaatliche Prinzipien scheinen kaum noch eine Rolle zu spielen.

Die Vorgänge und insbesondere das Verhalten der türkischen Regierung wird vor allem im europäischen Ausland scharf kritisiert, weil Zweifel am Verfassungs- und Rechtsverständnis der türkischen Regierung bestehen.

Allerdings bieten auch die Kritiker im Ausland Anlass zur Kritik. Denn sie bewegt sich in der unseligen Tradition unbewussten oder bewussten Missverstehens der türkischen Partner. Erdoğan ist ein Islamist. Aber er wäre als solcher möglicherweise noch als Partner Europas tauglich - wäre da nicht sein Problem mit der mächtigen grauen Eminenz eines Predigers, der von Pennsylvania aus unter dem Schutz der amerikanischen Regierung eine Bewegung steuert, die sich angeschickt hat, den türkischen Staatsapparat unter ihre Kontrolle zu bringen. Die Gülen-Bewegung ist keine gewöhnliche Vereinigung, die mit beiden Füßen fest auf dem Boden irgendeiner Verfassung steht. Die Bewegung ist ein Phänomen, das zu verstehen wir uns viel zu wenig bemühen.

Der türkische Staat stand und steht mit dieser Bewegung vor einer ungewöhnlichen Herausforderung, die wir als Europäer anscheinend noch gar nicht begriffen haben. Hier bahnt sich wieder einmal ein grandioses Scheitern europäischer Türkei-Politik an. Erdoğan trägt vielleicht die maßgebliche Verantwortung für das aktuelle europäisch-türkische Verhältnis. Die Europäer tun allerdings auch alles, um dieses schon immer problematische Verhältnis noch nachhaltiger zu stören und damit dem eigenen Interesse an einem demokratischen Rechtsstaat Türkei als Partner in einer schwieriger werdenden Welt zu schaden.

Einführung

Dieser Beitrag wurde erstmals am 13.08.2016 ins Netz gestellt. Zu jenem Zeitpunkt standen alle Beobachter noch geradezu ratlos gegenüber den Ereignissen, die sich danach stetig fortentwickelten. Nur knapp konnte die Regierung das Referendum am 16.4.2017 gewinnen. Insoweit haben wir versucht, die Öffentlichkeit möglichst präzise zu informieren (www.tuerkei-recht.de/downloads/verfassung.pdf, www.tuerkei-recht.de/downloads/Verfassungsaenderung.pdf). Seit Ende Mai 2017 steht auch der Bericht des parlamentarischen Ausschusses zur Aufklärung der Hintergründe des Putschversuchs als Quelle zur Verfügung, die erwartungsgemäß ganz auf der Linie der Regierungspositionen liegt.

Objektive Berichterstattung

Erfreulich waren die Reaktionen vieler Journalisten aus Funk, Fernsehen und Druckpresse, die die Gelegenheit nutzten, sich der Informationen zu bedienen. Es entstand ein spürbarer positiver Einfluss auf die Informationslage. Und schließlich habe ich im ständigen Austausch mit interessierten Lesern selbst Gelegenheit gehabt, meine eigenen Wahrnehmungen und Wertungen zu schärfen und zu optimieren.

Dass ich eine eigene Meinung zu den Vorgängen in der Türkei habe, kann ich nicht verbergen. Auch wenn zum Beispiel in meinen *tweets* (@RumpfNews) hin und wieder auch ein bisschen emotionale Bewegung durchscheint, bemühe ich mich redlich um Objektivität. Als ärgerlich empfinde ich viele Vergleichsversuche der Situation in der Türkei mit irgendwelchen bestimmten historischen Situationen, zumal wenn diese in offenkundiger Unkenntnis der besonderen historischen Situation der Türkei erfolgen. Auch billige Retourkutschen, die leider sogar von renommierten türkischen Rechtsprofessoren kommen („lesen Sie doch mal diese oder jene Beiträge zur europäischen Doppelzüngigkeit“) sind in der Regel verfehlt. Denn wer meine wissenschaftlichen und sonstigen öffentlichen Beiträge mit Bezug auf die Türkei auch nur summarisch zur Kenntnis genommen hat, wird unschwer feststellen, dass ich meine Kritik durchaus gleichmäßig verteile.

Justiz, Politik, Mentalität

Die Handlungsweise der türkischen Politik und vor allem der Justiz - wir dürfen diese beiden Foren gesellschaftlich relevanten Handelns nicht überall in denselben Topf werfen - widerspricht derzeit meinem eigenen Bild vom demokratischen und sozialen Rechtsstaat, das selbst wiederum in einem bestimmten gesellschaftlichen, politischen und historischen Umfeld entstanden ist und das ich mit demjenigen vieler Freunde und Kollegen in der Türkei teile. Es hatte ja einen guten Grund, dass ich im Jahre 1978 die Entscheidung getroffen habe, meine Dissertation dem türkischen Verfassungsrecht zu widmen. Das Thema „Das Rechtsstaatsprinzip in der türkischen Verfassungsordnung“ hat mir viele Freunde beschert, aber auch Kritiker, welche es „unmöglich“ fanden, in den Zeiten nach dem Putsch 1980 überhaupt von Rechtsstaat in der Türkei zu sprechen. Aber es geht eben nicht nur um Politik, sondern darum, diesem Land zwischen den Kontinenten und zwischen den großen Kulturen der Welt und ihrer Geschichte irgendwie gerecht zu werden.

Wir sollten es ja inzwischen auch innerhalb der EU gemerkt haben, wie schwierig es ist, nationale Mentalitäten unter ein Dach zu bringen - unterschiedliche historische Erfahrungen und Sozialisierungen machen es schwer. Die „Erzfeinde“ Frankreich und Deutschland haben mehr gemeinsam als die Deutschen und die Ungarn, zwischen denen noch nie Krieg geführt wurde. Oder die Deutschen mit den Rumänen - obwohl in der Geschichte Zehntausende von Deutschen nach Rumänien ausgewandert sind und die Rumänen heute noch eine Sprache sprechen, die dem Lateinischen näher ist als die der übrigen als „romanisch“ geltenden Sprachräume.

Und dann die Türkei als Objekt der Analyse... Aus der Warte eines Europäers, der sich seit Jahrzehnten über die verständnislose Türkei-Politik ärgert ...

Zurück zum Thema.

Referendum: Spaltung statt Sieg

Der Sieg der AKP im Referendum ist kein Sieg, sondern ein Desaster für die Türkei, nicht nur für die „Nein-Sager“. Das Problem hier ist, dass - übrigens ähnlich wie in Großbritannien - eine derart knappe Mehrheit über existenzielle Bedingungen des friedlichen Zusammenlebens in Wohlstand (von Freiheit möchte ich erst gar nicht sprechen) und Frieden entscheidet. Ja, auch die Verfassung von 1961 kam mit einer noch knapperen Mehrheit zur Welt. Das Unwohlsein war aber anders begründet. Es ging nicht um eine radikale Systemänderung, sondern darum, dass das Militär eingegriffen hatte. Geändert hat sich eigentlich nicht viel. Mit Menderes wurde ein Un-Demokrat gehenkt, der zudem für Korruption und Rechtsverachtung stand. Heute wird er - welche Symbolik! - zum Märtyrer gemacht, ein Flughafen nach ihm benannt.

Nein, anders als 1961 oder 1982 erzeugt das Ergebnis des Referendums nachhaltiges Unwohlsein statt nachhaltige Zufriedenheit über eine historische Leistung. Die Verfassungen 1961 und 1982 wurden wegen ihrer Art und Weise ihrer Entstehung kritisiert - sie haben aber nicht die Nation gespalten. Demagogen und Populisten mit Lebensentwürfen für eine Gesellschaft, die auf Riesenprojekten („die größte Brücke“, „der größte Flughafen“), dem Einheitsmenschen („wir sind eine Einheit“) und der Abgrenzung gegenüber den anderen („der Westen“, „das Europa“ etc.) aufbauen sollen, beherrschen die Szene und gefährden dadurch nicht nur den inneren Frieden, sondern auch den Frieden in der Region und in der Welt.

Wie immer: EU unfähig richtig zu reagieren

Die Reaktionen außerhalb der Türkei machen es zum Teil nicht besser. Ein Beispiel ist der zu junge und unerfahrene Außenminister Kurz aus Österreich, der mit seinen markigen Sprüchen eine größere Gefahr für den europäischen Frieden darstellt, als ein Präsident Orbán, der trotz seiner Rhetorik und Politik das gesamteuropäische Interesse am friedlichen Zusammenwirken nicht aus den Augen verliert. Gut ist, dass die EU endlich auch auf Polen reagiert, dessen „Reformen“ noch gefährlicher sind als die in der Türkei. Auch die besonnene Angela Merkel hat sich im „Duell“ mit ihrem Herausforderer Schulz am 3.9.2017 auf die Linie von SPD und Grünen pressen lassen, die ich für falsch halte. Die Beitrittsgespräche beenden zu wollen ist ein Schlag ins Gesicht von 50% der türkischen Bevölkerung, die ihre Heimat ganz klar in Europa sieht. Und gießt Öl in das von der AKP-Führung entzündete antiwestliche Feuer. Kein Erdoğan-Anhänger wird die legitimen Motive von Frau Merkel zur Kenntnis nehmen. Die Lesart in der Türkei ist ganz einfach: „Seht Ihr, die Europäer wollen uns nicht!“. Selbstkritik, die die sogenannte „klare Kante“ auslösen sollte, wird es nicht geben.

Neue Position der Türkei?

Denn bei aller Kritik, welche die türkische Regierung im Hinblick auf ihren Realitäts- und Moralverlust verdient hat, bleibt doch die Tatsache, dass die Türkei nach wie vor genau dort belegen ist, wo sie seit der Erschaffung der Welt belegen war, dass es eigentlich eine mehrere Hundert Jahre alte deutsch-türkische Freundschaft gibt, die sich bei weitem nicht auf die unselige Waffenbrüderschaft im 1. Weltkrieg oder die Unterstützung des

preußischen Militärs in der Mitte des 19. Jahrhunderts reduzieren lässt, und vor allem dass die türkische Wirtschaft nach wie vor funktioniert, Verträge eingehalten werden und laufende Projekte erfolgreich zu Ende gebracht werden - auch wenn Wirtschaft und Währung unter der aktuellen politischen Neuorientierung zu leiden begonnen haben. Der Wertverlust der türkischen Lira ist nicht das Ergebnis irgendwelcher externer Stimmungs- und Wirtschaftslagen, sondern ganz klar der Verantwortung der aktuellen Regierung zuzuweisen. Gleiches gilt für das Ansteigen der Arbeitslosigkeit, die wieder über 12% liegt. Die leicht erhöhte Exportleistung ist eher der schwachen türkischen Lira geschuldet als einer Erhöhung der Produktivität. Denn gleichzeitig ist der durchschnittliche Jahresbruttolohn - in US-Dollar gerechnet - wieder im Sinken begriffen.

Dennoch: Dass vor allem Mittelständler angesichts der Situation mit Investitionen zögern oder sie dann doch absagen, ist verständlich, aber - unter ökonomischen Gesichtspunkten - nicht rational. Die aktuelle Situation, die nachfolgend dargestellt und stellenweise auch bewertet wird, ist sicherlich nicht schön - aber in wirtschaftlicher Hinsicht hat die Türkei trotz allem auch weiterhin Vertrauen verdient. Auch wenn man hier inzwischen von *Vertrauensvorschuss* sprechen muss, den die türkische Regierung, genauer: Präsident Erdoğan, wenn er sich mit seinen absurden Nazi-Vorwürfen gegen Deutschland ausgetobt hat, wird irgendwann einmal rechtfertigen müssen.

Eine neue Situation

Die Entwicklungen seit dem 15.7.2016 haben eine Lage aufgezeigt, wie sie die Türkei noch nie erlebt hat. Auch sonst dürfte es in Europa kaum ein Land geben, das in den letzten paar hundert Jahren eine ähnliche Situation zu bewältigen hatte. Selbst der kläglich gescheiterte Putsch hat mit den bisherigen Putsch-Erfahrungen der Türkei nichts gemein, noch weniger die zivile Reaktion hierauf, die uns maßlos erscheint.

Information und Desinformation

Unser europäisches Problem ist, dass wir unsere Informationen und Wertungen nicht aus den Originalquellen beschaffen, sondern aus den Medien, deren Sprache wir buchstäblich verstehen. Und die haben das gleiche Problem wie die meisten von uns selbst - sie können weder die türkischen Gesetze lesen noch die türkischen Zeitungen im Originaltext, sie können die Rhetorik eines türkischen Politikers nicht in ihren Nuancen erfassen, sondern sind auf zusammengeschrumpfte Fassungen in der eigenen Sprache oder in einer anderen Hilfssprache, meist Englisch, angewiesen, was auch nicht zur Verbesserung der Situation beiträgt. Immerhin - es hat sich insoweit doch einiges geändert.

Die Desinformation war in den ersten Wochen nach dem sogenannten Putsch v. 15.7.2016 das alltägliche Brot des europäischen TV- und Medienbürgers. In völliger Unkenntnis der tatsächlichen Kompetenzverhältnisse wurden Aktionen des türkischen Staates diesem oder jenem zugeschrieben. Und da sich am Ende alles nur auf Erdoğan als Täter oder Opfer konzentriert hatte, entstand etwas, was sich die Kritiker sicherlich nicht wünschten: ein Herr Erdoğan als großer allmächtiger Führer. Denn kein türkischer Präsident seit Atatürk, kein Ministerpräsident hat jemals so im Fokus internationalen Interesses gestanden. Kein

Präsident hat sich derart in die Öffentlichkeit gedrängt und mit seiner aggressiven Rhetorik alle Medienplätze besetzt, flankiert von einigen Ministern wie dem als Jurist eher schwachen Justizminister Bozdağ (Rechtsanwalt und Theologe) oder dem stellvertretenden Ministerpräsidenten und Wirtschaftsprofessor Numan Kurtulmuş mit ihrer jeweils überdimensionalen Präsenz in den Medien. Kein Präsident hat bisher jeden und alles derart manipuliert. Kein Präsident hat sich je dazu herabgelassen, sich wie ein beliebiger Parteivorsitzender zu allen Themen zu äußern, Fußball inbegriffen, ein Sprachniveau zu wählen, das alles andere als präsidial ist, und jeden einzelnen Bürger, so er denn erwischt wird, wegen Beleidigung verfolgen zu lassen. Und: Erdoğan braucht nur auf die dummen Europäer zu zeigen, die nicht wissen, wie man es richtig macht, die sich gerade selbst zerstören, die die PKK und andere Terroristen unterstützen. Er definiert ihre Schwäche und damit seine eigene Stärke. Das Schlimme dabei ist: Er hat Recht. Die PKK wird in Deutschland eher als Befreiungsbewegung denn als Terrororganisation begriffen. Und die Gülen-Bewegung ist keineswegs harmlos.

Definitionsheer bei Erdoğan?

Mit einer neuartigen Definition von Demokratie schreibt Erdoğan 2.500 Jahre Demokratiegeschichte neu, ohne offenkundig überhaupt eine Vorstellung von Geschichte zu haben, geschweige denn in der Lage zu sein, die Geschichte als riesiges Reservoir politischer Lektionen zu begreifen. Gleiches tut er mit dem „Terror“-Begriff, den er der Beliebigkeit ausliefert und mit dem er jeden Gegner seiner eigenen Auffassung zu treffen versucht.

Erdoğan und Gülen: Ein gefährlicher Konflikt

Die Säuberungen nach dem Putschversuch haben inzwischen unvorstellbare Dimensionen erreicht. Erfasst wurden und werden noch immer Tausende von Menschen, bei denen schlicht nicht nachvollziehbar ist, worin eigentlich ihr Verhältnis zu Herrn Gülen bestehen soll, abgesehen davon, dass sie vielleicht ein Bankkonto bei der falschen Bank hatten oder das diskrete Messenger-System „ByLock“ benutzt haben, das tatsächlich auch als Kommunikationsplattform der Bewegung benutzt worden zu sein scheint. Die türkischen Staatsanwaltschaften haben dieses Messenger-System vorläufig als Beweismittel für die Mitgliedschaft in der Gülen-Bewegung fixiert, erste Gerichte scheinen dieser Auffassung zu folgen. Journalisten werden verfolgt, weil sie angeblich die Gülen-Bewegung unterstützen; den Mitarbeitern der Cumhuriyet wird - wie sinnig - sogar die Unterstützung gleich zweier Organisationen vorgeworfen, auch die des Fethullah Gülen.

Lange Zeit konnte man nicht sagen, ob Präsident Erdoğan die Situation unter Kontrolle oder ob er hier einen Sturm entfesselt hat, den er sich ursprünglich einmal eher als neuen Wind vorgestellt hatte. Heute besteht eher der Eindruck, dass er genau weiß, was er will und seine Rechnung auch aufgeht. Erdoğan hat das Gefühl, alles richtig zu machen. Er macht die Türkei zu einem Familienbetrieb, in dem nichts gelten wird als das, was der Clan-Chef (oder die Clan-Chefin?) sagt. Er meint, den Terror allein mit Gewalt bekämpfen zu können, und schafft damit eine Atmosphäre, welche viele Menschen in die Verzweiflung treibt - der ideale Nährboden für neuen Terror. Und so erfasst der Sturm auch alle Kritiker,

die Opposition, allen voran diejenigen Politiker, die für eine friedliche Lösung der Kurdenfrage stehen, und unzählige Hochschullehrer und Schullehrer, Ärzte und Schauspieler, selbst Pianisten und andere Künstler.

Gefährdet sind derzeit die zivilisatorischen Errungenschaften, die schon die letzten osmanischen Sultane aus guten Gründen zu übernehmen gesucht hatten. Selbst Abdülhamit II., dessen Diktatur Zehntausende unschuldiger Menschen - osmanischen Bürgern - das Leben gekostet hat, bemühte sich, das zerfallende Reich Richtung Europa zu treiben, also genau in die umgekehrte Richtung als diejenige, die Erdoğan eben unter Berufung auf diesen zweifelhaften Herrscher einschlägt. Erdoğan will die türkische Geschichte neu schreiben - ein Unterfangen, das bisher noch keinem Politiker nachhaltig gelungen ist und auch nie gelingen wird, denn das Erinnerungsvermögen der Gesellschaft, eines Volkes, lässt sich durch Regierungsdekrete nicht einfach auslöschen. Wenn die Hälfte der Bevölkerung einem Menschen folgt, der sich seinen eigenen Palast unter Verstoß gegen einschlägiges Gesetzesrecht erbaut, auf goldenen Stühlen zu sitzen liebt, seinen Sohn, dem Korruption in besonders schwerem Ausmaß vorgeworfen wird, vor der Justiz schützt, dann ist das kein gutes Zeichen, sondern Ausdruck fehlender Stärke der zivilen Gesellschaft.

Soweit zur Stimmung, die man jedoch von der Realität trennen sollte, die nicht nur die im Gefängnis sitzenden Journalisten kennt, sondern auch das Leben auf der Straße und in der Wirtschaft.

Fakten

Neben inzwischen gut 150.000 Beamten hat es auch über 200 Unternehmen aller Größen getroffen, denen vorgeworfen wird, die Gülen-Bewegung zu finanzieren und damit, nach der Lesart der Regierung, eine kriminelle bewaffnete Vereinigung zu unterstützen. Jeden Tag - auch heute - wird von neuen Festnahmen berichtet, die meist auch in Verhaftungen enden. Die zwischenzeitlichen Haftentlassungen oder gar Freisprüche sind eher noch die Ausnahme.

Manche deutschen Unternehmer verlieren damit ihre Geschäftspartner, obwohl die Unternehmen prinzipiell durch staatliche Sachwalter (*kayyum*) weitergeführt werden. Den deutschen Partnern stehen dann die üblichen Rechte zu, etwa die Beendigung von Verträgen wegen Wegfalls der Geschäftsgrundlage, der Geltung einer change-of-control-Klausel oder gar wegen höherer Gewalt. Auch wenn das Regime jetzt versucht, jegliches juristische Vorgehen Dritter (z.B. von Gläubigern) gegen geschlossene Institutionen (Medien, Unternehmen etc.) zu verhindern, bleiben vor allem die ausländischen Unternehmen nicht rechtlos. Ggfs. sind sie auf ihren eigenen nationalen Rechtsweg zu verweisen, wenn feststeht, dass ihnen der türkische Rechtsweg verschlossen worden ist. Selbst deutsche Unternehmen können dann betroffen werden, wenn sie - in der Regel dann wohl unbewusst - selbst von Gülen-Anhängern infiltriert worden sind.

Alle anderen Dispositionen (Marken, Firmengründungen, Kooperationen, Lizenzen aus dem Bergbau, dem Energiesektor, Bauwesen etc.) sind von der aktuellen Situation rechtlich nicht betroffen.

Folgen für Bürokratie und Justiz

Ungeachtet all dessen wirken sich die durch die Entlassungen gerissenen Lücken in Bürokratie und Justiz auf die Verfahren aus, weil die vakant gewordenen Stellen erst einmal neu besetzt werden müssen. Es kommt also zu Verzögerungen. Gerichtsverhandlungen fallen aus oder werden verschoben, weil die Richter plötzlich nicht mehr da sind, die verbleibenden Richter sind völlig überlastet oder müssen sich gar erst zu Lasten der wartenden Prozessparteien als Neulinge in ihre Posten einarbeiten. Wir rechnen damit, dass die personellen Lücken bis spätestens Frühjahr 2018 bereits wieder gefüllt sein werden. Allerdings wird langfristig mit erheblichen Qualitätsproblemen zu rechnen sein. Denn es kommen nicht nur unerfahrene Juristen vermehrt in den Justizdienst, sie stammen vor allem auch aus juristischen Fakultäten, die infolge ihrer inflationären Vermehrung nicht mehr in der Lage sind, qualitativ hochwertig ausgebildete Menschen an den Arbeitsmarkt zu bringen. Wenn die Presse von Beamten berichtet, die wieder auf ihre Posten zurückkehren, weil die Staatsanwaltschaften offenbar überhaupt keine Anhaltspunkte für irgendeinen Zusammenhang mit Gülen gefunden haben, wird das schnell wieder durch neue Entlassungen „kompensiert“.

Auch im Militär wurde nach dem Putsch erst einmal gesäubert - dies so intensiv, dass zahlreiche Offiziere bis zum Generalsrang wieder zum Dienstantritt gerufen wurden, die in den berüchtigten Ergenekon- und Balyoz-Verfahren ihre Posten verloren hatten, jahrelang in Untersuchungshaft saßen, wegen Hochverrats verurteilt und dann auf Anordnung des Kassationshofs zu einem großen Teil doch wieder freigesprochen oder zumindest auf freien Fuß gesetzt wurden. Die Luftwaffe stand kurz vor dem Kollaps, weil es ihr plötzlich an Piloten für die Kampfeinsätze fehlte, die nicht nur gegen die PKK, sondern neuerdings auch in Syrien zu fliegen waren, zuletzt dürfte die Marine praktisch außer Gefecht gesetzt worden sein, sie ist überdurchschnittlich von den Säuberungen betroffen. Täglich kommt es zu weiteren Festnahmen von Soldaten, Unteroffizieren und Offizieren.

Eine Teilamnestie setzte Gefängniszellen frei, der Justizminister hat im Spätherbst 2016 verkündet, mehr als 170 (!) neue Gefängnisse bauen zu wollen. Kürzlich hat sich eine kleine Provinzstadt damit gebrüstet, mit einem neuen Gefängnis neue Arbeitsplätze geschaffen zu haben.

Ausländische Investitionen - im Risiko?

Auch wenn wir ausländische Investitionen nicht gefährdet, ja sogar die Möglichkeiten steigen sehen, ist das politische Risiko nicht völlig von der Hand zu weisen. Es gibt auch aber jedenfalls keine Anhaltspunkte dafür, dass ausländische Unternehmen vor türkischen Gerichten einen schwereren Stand hätten als früher. In einem problematischen Zustand ist nur die Strafjustiz, die sich derzeit als willfähriger Handlanger türkischer Regierungspolitik darstellt - mit einigen Ausnahmen, die es immerhin gibt, und obwohl der Vorwurf, sie sei nur Vollstrecker des Willens des Präsidenten, in dieser Härte nicht gerechtfertigt sein dürfte.

Die türkische Regierung tut derzeit ungeachtet all dessen alles, um das Investitionsklima weiter zu verbessern (vgl. dazu unsere [Newsletter](#)). Und unschlagbar bleibt die Brückensituation in die jenseits der türkischen Ostgrenze liegenden Regionen.

Der Ausgang des Referendums könnte zu einer Stabilisierung der Wirtschaftslage führen, die TL hat bereits reagiert und ihren Niedergang gestoppt. Letztlich kommt es darauf an, ob und wie Erdoğan den inneren Frieden im Lande herstellen und bewahren kann.

Die AKP und Gülen

Entwicklung der AKP

Die AKP war ursprünglich eine Sammlungsbewegung aus verschiedenen politischen Richtungen, wenn auch mit starken islamisch orientierten Zügen. Eigentlich verdankt sie ihre Existenz genau derjenigen Verfassungsordnung, die sie jetzt unbedingt ändern will, einer Verfassungsordnung, die zu Beginn als durch das Militär 1982 diktiert beschimpft wurde, sich dann aber zu einer funktionstüchtigen Verfassung emanzipiert hat, die sich in ihrem rechtsstaatlichen und demokratischen Wesen im Einklang mit den meisten Verfassungen europäischer Staaten befindet. Unter dem Dach der AKP sammelten sich seit 2001 nicht nur gemäßigte Kräfte der alten islamistischen Parteien, sondern auch Anhänger der bürgerlichen und linken Parteien, die ja dann auch 2002 von der AKP ins Abseits gedrängt wurden. Vor allem die ANAP des Turgut Özal und die konservative DYP flogen aus dem Parlament und verschwanden im Nichts. Die kemalistische CHP und die nationalistische MHP behaupteten sich nur mühsam und mussten sich noch die Opposition mit der offensichtlich nicht klein zu bekommenden kurdischen HDP (als Nachfolgepartei einer ganzen Kette von Parteien, die nacheinander verboten wurden) teilen, welche die stärkste Oppositionsfraktion im Parlament bildet(e).

Die AKP hatte also einen durchaus pluralistischen Charakter, was dann auch maßgeblich den Erfolg der türkischen Politik in jeder Beziehung herbeigeführt hat, weil es erstmals seit Jahrzehnten eine Partei schaffte, ohne Koalitionspartner Regierungsverantwortung zu übernehmen und damit Politik und Gesellschaft zu stabilisieren. Zumindest vordergründig.

Die AKP als Plattform für Gülen

Denn die AKP bot eben auch dem heute so ungeliebten Fethullah Gülen eine Plattform, über welche die Karrieren seiner Freunde und Anhänger gefördert wurden. Gülen war mit seinen Anhängern in den 1980er Jahren aus vielschichtigen und verzweigten religiösen Strömungen hervorgegangen, die die religiösen Bedürfnisse der Gesellschaft besser bedienten als der Staatsislam des Präsidiums für Religionsangelegenheiten, dessen verlängerten Arm wir in Deutschland als DITIB kennen. Gülen's Anhänger erlangten die Strukturen einer riesigen Gemeinde mit starkem Zusammenhalt und loyalen Seilschaften in allen gesellschaftlichen Bereichen. Dabei war Gülen nie als Unterstützer eines politischen Islam aufgefallen, hatte seine Wahlempfehlungen zuletzt vor allem auf die bürgerliche DYP konzentriert, die in den 1990er Jahren die bislang einzige Frau auf dem Posten des Ministerpräsidenten, die Wirtschaftsprofessorin Tansu Çiller, hervorgebracht hatte. Mit der Gründung der AKP fand Gülen mit seiner Bewegung dann eine neue Plattform bzw. ein

neues Dach, unter welchem es ihm gelang, wichtige Positionen in allen Bereichen von Verwaltung, Justiz und Militär zu besetzen. Wenn also heute ein Minister davor warnt, die FETÖ (Gülen-Bewegung, das „T“ steht für die Qualifikation als terroristische Vereinigung) habe die Institutionen infiltriert, so muss er sich entgegenhalten lassen: Die AKP hat dies der Bewegung aktiv ermöglicht. So halten auch tatsächlich 56% der Türken die AKP selbst für unterwandert (AKAM, Cumhuriyet v. 25.11.2016) - eigentlich logisch, denn ohne den Gülen-Anhang wäre die AKP politisch nicht dort, wo sie heute ist. Und dass eine „terroristische“ Vereinigung in der Türkei Hunderttausende von Mitgliedern oder Befürwortern haben soll - eine absurde Vorstellung. Nicht absurd ist allerdings die Vorstellung, dass eine solche Bewegung - den „Terror“-Begriff einmal außer Acht gelassen - ein Projekt umsetzt, das wir aus den Parolen der 1968er Generation kennen: Die Umsetzung der Ziele einer Ideologie oder Weltanschauung über den Marsch durch die Institutionen. Dass die AKP und schon ihre Vorgänger aus eigennützig politischen Motiven die Bewegung zur Förderung eigener Ziele nutzten, verschärft das Problem. Aber es führt weder zu einer Legitimierung dieser Bewegung noch darf man der AKP bzw. der türkischen Regierung grundsätzlich entgegenhalten, dass sie dieses Problem zu lösen sucht.

Der notwendige Bruch

Gülen's Angriff auf die Vernetzung von Politik und Bürokratie

Vorab ist - um Missverständnisse zu vermeiden - kurz der hier verwendete Begriff der „Seilschaft“ zu definieren. Jedes politische System generiert seine Eliten und das Personal, das die Führung des Staates bildet, durch persönliche Beziehungsgeflechte. Korruption ist somit fester Bestandteil jeder Politik, so demokratisch sie auch immer legitimiert und verfasst sein mag. Niemand kommt nach oben, ohne anderen - seinen Unterstützern - etwas zu bieten. Geboten werden nicht nur zündende Ideen, sondern auch Posten, Ämter, Vorteile aller Art. Das ist das Wesen der menschlichen Gesellschaft als soziobiologische Bedingung für das Überleben aller. Die politische Seilschaft ist dasjenige soziale System, in dem der erfolgreiche Politiker nach oben steigt und seine Seilschafter mitzieht. In vielen Gesellschaften ist das als Klientelismus besonders stark ausgeprägt, die Loyalitätsbeziehungen aus gemeinsamer Kindheit im gemeinsamen sozialen Umfeld (Dorf, Stadtviertel), Schule, Hochschule spielen mancherorts eine stärkere Rolle als anderwärts, wo das Funktionieren von sozialen Beziehungen stärker durch gesamtgesellschaftliche Regeln kanalisiert wird, wo die Vorteilsgewährung an Freund und Familie als anrücklich angesehen wird und unter scharfer moralischer Kontrolle der Gesellschaft steht.

Wenn in der Türkei ein Spitzenpolitiker den Mitgliedern seiner Familie oder seines Clans oder auch nur den Menschen aus dem eigenen Dorf ohne Ansehung spezifischer Qualifikation Vorteile verschafft, so ist dies selbstverständlich. Dass der Präsident der Republik seinen Schwiegersohn zum Minister macht, ohne dass jemand nach dessen Qualifikation oder politischer Verwurzelung in einer politischen Partei fragt, ist für die beste Oppositionspartei dem Wahlvolk nicht als anrücklich, unmoralisch, illegitim vermittelbar. Würde Angela Merkel einem Neffen erkennbar allein aus Gründen des familiären Zusammenhalts, der wirtschaftlichen und sozialen Absicherung ihrer Familie

einen Posten als Postdirektor verschaffen, würde dies bereits ihren nächsten Wahlsieg gefährden. In der Türkei dagegen ist es selbstverständlich, dass nach jedem Wahlsieg die Posten bis in die Provinz hinein erst einmal nach Loyalitätsgesichtspunkten neu besetzt werden. Damit sind wir direkt am entscheidenden Punkt angelangt: Die politische Spitze erwartet genau dies, nämlich die Möglichkeit der Neugestaltung der Beziehungsgeflechte in Politik und Bürokratie zur Sicherung der eigenen Herrschaft. Dieses System hat die Gülen-Bewegung angegriffen und neue Loyalitätsstrukturen geschaffen, auf welche die Politik - also Erdoğan und seine Seilschaften - keinen Zugriff mehr hatten. Es geht also letztlich um die Wiederherstellung von Loyalitätsverhältnissen zwischen Regierung und Bürokratie als Bedingung für das Funktionieren des Staatswesens als einer durch eine demokratisch legitimierte Regierung geführten Struktur - um die Eliminierung klandestiner Parallelstrukturen, eines nicht demokratisch legitimierten Parallelstaats. Ob die Eliminierung dieser Parallelstrukturen selbst den Anforderungen eines demokratischen Rechtsstaates standhält, ist eine andere Frage. Darauf komme ich unten zurück.

Reaktion des AKP-Establishments

Das starke Anwachsen dieser islamischen Gemeinde - oder besser: Gemeinschaft - wurde also zur Gefahr für Erdoğan und seine eigenen Seilschaften. Sie drohte, so darf man die Vorgänge heute interpretieren, unter der Leitung des „[Khomeini von Pennsylvania](#)“, Fethullah Gülen, den Staatsapparat so zu durchsetzen, dass die Gefahr bestand, dass sich dieser Apparat verselbstständigte und einer vernünftigen Kontrolle durch die Seilschaften der AKP-Regierung entzog. So gesehen hat der vom Präsidenten Erdoğan selbst formulierte Satz, der [Putsch sei ein Geschenk Gottes](#) gewesen, eine besondere Bedeutung, die man nur in der Frage formulieren kann: Was wäre eigentlich passiert, wenn der Präsident nicht - in vieler Hinsicht unter groben Verstößen gegen die Verfassung - als starker Mann die Fäden in die Hand genommen hätte? Hätte dann doch eine Art Iranisierung nach dem Vorbild Khomeinis stattgefunden? Hätte eine islamische Scientology namens „Gülen-Bewegung“ oder (türkisch:) „Fethullahçılar“ die Kontrolle über Staat und Gesellschaft übernommen, vielleicht mit schlimmeren Folgen als denen einer Erdoğan-Diktatur? Oder ist es umgekehrt - hat Erdoğan mit der Ausschaltung der Gülen-Bewegung einfach nur eine Seilschaft ausgeschaltet, die seinen eigenen Machtanspruch in Frage gestellt hat, um damit seine Allmachtsphantasien zu stärken und umzusetzen? Installiert er nun selbst eine islamisch orientierte Diktatur?

Derzeit sehen wir nur, wie eine AKP-Regierung eine Hexenjagd betreibt - türkische Kritiker haben diesen Begriff inzwischen in einem für türkische Verhältnisse neuen Begriff übernommen: *çadı avı*. Aber sehr viele Verhaftete sind ja gerade Anhänger oder gar Mitglieder der AKP oder Spitzenbürokraten wie Polizeipräsidenten, Präfekten und hohe Richter, die auf „AKP-Tickets“ (wenn auch nicht, bedingt durch das türkische Parteien-Recht, als AKP-Mitglieder) in ihre Positionen gelangt sind. Selbst der Sicherheitschef des Präsidialpalastes gehört angeblich dazu. Es werden Personen ausgebootet, suspendiert, verhaftet, von denen (wir) alle glaubten, das seien jetzt diejenigen, mit denen Erdoğan seine Islamisierungspolitik vorantreibt. Die Hoffnung, Erdoğan werde jetzt möglicherweise gezwungen, seinen Frieden mit dem Säkularismus zu schließen, weil er als Zauberlehrling die Geister, die er gerufen hat, anders nicht loswird, hat sich allerdings zerschlagen. Mit

seiner Neu-Definition des Säkularismus schafft er ihn ab. Zwar posiert er hin und wieder noch vor dem Konterfei Mustafa Kemal Atatürks, aus den Geschichtsbüchern wird Atatürk aber peu à peu gestrichen - so wie die Lehre von der Evolution des Menschen. Und so, wie jetzt der „cihad“ fester Bestandteil des Lehrplans geworden ist. Eine Kampfansage an die Neutralität des Staates. Eine Kampfansage an die Republik, wie sie Atatürk gegründet und aufgebaut hat. Erdoğan ist, was die Vorstellung von Staat, Gesellschaft und Religion angeht, radikaler als Gülen. Gülen hat die laizistische Republik nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Er hat stattdessen den Fehler gemacht, seine Bewegung zu einem Geheimbund zu machen, dessen Struktur in Konkurrenz zu den demokratisch legitimierten Strukturen des Staates getreten ist. Er hat damit letztlich dem Staat und seiner Verfassung nachhaltigen Schaden zugefügt.

Der Putsch v. 15.7.2016

Die Frage der Urheberschaft

Schon am Abend des Putsches wurde der Putsch von einigen Beobachtern über Twitter als großes Theater bezeichnet. Aber niemand kennt bis heute den Dramaturgen oder Autor des Theaterstücks, auch wenn die Regierung hier eine eindeutige Ansicht vertritt. Die Regie jedenfalls ist gründlich misslungen. Gülen hätte als Motiv die Gefahr, die ja von den bereits begonnenen Säuberungen für seine Bewegung ausgegangen ist. Erdoğan fehlte noch eine solide Rechtfertigungsgrundlage, auf welche er seine Säuberungsaktionen stellen konnte. Denn davon, dass die Bewegung eine terroristische sei, hat bis zum Nachmittag des 15.7.2016 niemand gesprochen. Und es gab innerhalb des Militärs sicherlich eine Gruppe von Offizieren, die das Erbe Atatürks in Gefahr sahen und aus diesem Grunde sich zum Putschen entschlossen haben könnten. Gülen oder Erdoğan - wir werden in beiden Fällen von Verschwörungstheorien sprechen müssen. Die These, es könnte sich um eine Gruppe von Offizieren handeln, die einfach ihre Möglichkeiten überschätzt habe, ist derzeit nirgends mehr zu hören. Jedenfalls trägt Gülen nicht zur Klarheit bei, wenn er selbst Erdoğan der [Inszenierung des Putsches](#) bezichtigt. Selbst die Nachrichten, wonach Erdoğan bereits einige Zeit vorher von den Planungen, einschließlich des Zeitpunktes, gewusst haben soll, helfen nicht weiter.

Ohne hiermit den Urheber des Putsches benennen zu können, sollte man sich aber für einen Moment mit dem türkischen Militär beschäftigen.

Das türkische Militär und die Politik

Bis 1983 war das türkische Militär die mächtigste und am besten funktionierende Organisation im Staat. Ihre „Politik“ war berechenbar, streng an den Prinzipien des Kemalismus ausgerichtet oder - wie die orientwärts ausgerichtete Politikwissenschaft sagt - einer konsequenten Modernisierungsideologie verpflichtet.

Der Putsch vom 27.5.1960 erfolgte in der interessanten, aber hochwirksamen Konstellation einer Verbindung zwischen der Offizierebene unterhalb der Generalität, aber mit deren Duldung, und einem großen Teil der Professorenschaft an den Universitäten, „aktiv geduldet“ von der CHP, die damals als Oppositionspartei durch die Demokratische Partei

des Ministerpräsidenten Adnan Menderes mit zweifelhaften Methoden aus dem Parlament gedrängt werden sollte. Auslöser waren blutig niedergeschlagene Proteste von Studenten und Mitgliedern der Lehrkörper. Das Militär versprach die Rückkehr zu Demokratie und Rechtsstaat und löste dieses Versprechen innerhalb eines Jahres ein. Das Ergebnis war die modernste Verfassung des damaligen Europas, mit umfassendem und effizientem Schutz der Grundrechte und Freiheiten. Nicht gerechnet hatte man mit der Schwäche der zivilen Politiker, die sich nicht in der Lage zeigten, das Land zu stabilisieren und zu befrieden. Seit 1971 gab es zahlreiche instabile Lagen, mit langen Zeiten im militärischen Ausnahmezustand, wie er durch Verfassung und Gesetz vorgesehen war.

Der Putsch vom 12.9.1980, den ich als junger Rechtswissenschaftler selbst vor Ort miterlebt habe, erfolgte durch das Militär als Einheit, beschlossen und angeordnet durch den Generalstab, ohne Blutvergießen. Er führte zur unmittelbaren Befriedung des durch bürgerkriegsähnliche Zustände geschüttelten Landes. Auch hier erfüllte das Militär sein Versprechen zur Rückkehr zu Demokratie und Rechtsstaat. Auch die Verfassung von 1982 ist keine Verfassung „des Militärs“, sondern wurde auf Anordnung des Militärs durch zivile Politiker und Professoren unter Mitwirkung von Gewerkschaften und Verbänden ausgearbeitet. Sie ähnelt in hohem Maße der Verfassung von 1961, hat einige derer Fehler beseitigt, insbesondere das schlecht funktionierende Zweikammersystem abgeschafft. Entgegen anders lautender Behauptungen enthielt diese Verfassung keinerlei Bestimmung, die dem Militär eine Macht eingeräumt hätte, die es nicht ohnehin schon von Verfassungs wegen gehabt hätte.

Mit dem Zusammentritt der Nationalversammlung im November 1983 begann der „Niedergang“ des Militärs als verlässlichste Institution im türkischen politischen System. Schon die Regierung von Turgut Özal, den das Militär nach einigem Zögern mit seiner neuen ANAP zur Wahl zuließ, begann ihre Arbeit mit neuem Selbstbewusstsein. Özal setzte seine Kompetenz, den Generalstabschef zu ernennen, konsequent um, also ohne dem Hohen Militär, dem insoweit ein Vorschlagsrecht zusteht, sklavenartig Folge zu leisten. Es entstand eine pragmatische Politikkultur, in welcher sich die Zivilisten letztendlich gegen das Militär durchsetzten. Die Umkehr der Mehrheitsverhältnisse im Nationalen Sicherheitsrat im Jahre 2001 zugunsten seiner zivilen Mitglieder war ein deutliches Zeichen dafür.

Das Scheitern des Putschs

Der Putschversuch am 15.7.2016 hat mit den Putschen des traditionsreichen türkischen Militärs nichts mehr zu tun. Der Aufwand war geradezu mickrig, die Durchführung dilettantisch. Es war die Karikatur eines Putsches. Zu lachen gibt es leider nichts - denn während keiner der Eingriffe des Militärs seit Ausrufung der Republik jemals nennenswertes Blutvergießen verursacht hatte, wurde am 15.7.2016 ein überflüssiger und trauriger, hoher Blutzoll gezahlt - Blut von Soldaten, Polizisten und Zivilisten, das jetzt an den Händen des Initiators klebt, wer auch immer das gewesen sein mag.

Folgende Punkte fallen auf:

- Kein einziger Politiker wurde festgesetzt, auch nicht der Präsident, obwohl die Putschisten seinen Aufenthaltsort kannten. Der Präsident konnte unbehelligt seinen Aufenthaltsort verlassen und nach Istanbul fliegen.
- Die Medien blieben überwiegend intakt
- Keine neuralgischen Punkte in Verkehr und Infrastruktur wurden besetzt (außer einer Brücke über den Bosphorus), der Atatürk-Flughafen in Istanbul wurde zwar geschlossen, aber eine vollständige Kontrolle durch das Militär war nicht erkennbar, die Öffnung erfolgte bereits wenige Stunden später
- Dem Putsch wurde nicht durch die Mehrheit des angeblich loyalen Militärs begegnet, sondern durch die Polizei. Diese blieb voll funktionsfähig. Die Regierung war mitten in der Nacht in der Lage, innerhalb kürzester Zeit diese Polizei zu aktivieren.
- Die Putschisten bombardierten zwar wohl das Parlament, brachten es aber nicht unter ihre Kontrolle.
- Der Präsidentenpalast blieb unbeschädigt, das Militär brachte ihn nicht unter seine Kontrolle.
- Die Zentrale des Geheimdienstes wurde angegriffen, das Militär brachte sie aber nicht unter seine Kontrolle.

Die Wahrheit...

... wird am Ende sein, was derjenige als solche definiert, dem es gelingt, während der nächsten Jahre die türkische Politik zu kontrollieren. Das ist im Augenblick Recep Tayyip Erdoğan. Leider hat er selbst durch Produktion eigener Wahrheiten in zahlreichen Zusammenhängen seine eigene Glaubwürdigkeit in Frage gestellt. Andererseits kann nicht von der Hand gewiesen werden, dass der misslungene Putsch sich durchaus konsequent in die Entwicklung der Gülen-Bewegung einordnet, gegen deren Marsch durch die Institutionen - wie wir alle wissen - ja bereits vor dem 15.7.2016 alle dann getroffenen Maßnahmen vorbereitet worden waren. Erdoğan mag man als Motiv unterstellen, er habe mit einem „Schein-Putsch“ seine Macht festigen wollen. Stärker ist aber das Motiv der Gülen-Bewegung. Die Bewegung, bis in den Geheimdienst und die unmittelbare Umgebung von Erdoğan vernetzt, muss von den Vorbereitungen ihrer Zerschlagung gewusst haben. Sie hatte überhaupt nur eine Chance, die Vollendung des Marsches durch die Institutionen und damit ihr großes Projekt zu sichern: eine Maßnahme, welche die größte Gefahr für das Projekt beseitigt. Der Putsch war ihre letzte Chance.

Die Säuberungen

Die Verwendung des Begriffs „Säuberungen“ ist ein unglückliches Signal für fehlende Rechtsstaatlichkeit. Über 150.000 Beamte aus allen Bereichen, bis hinauf in die unmittelbaren Berater- und Sicherheitskreise des Präsidenten und anderer Persönlichkeiten, sind entlassen oder suspendiert worden, darunter auch knapp 4.000 Richter und Staatsanwälte. Mehr als 40.000 Menschen dürften inzwischen in Untersuchungshaft sitzen: Journalisten, Beamte, Lehrer, Professoren, Offiziere, Ärzte, Rechtsanwälte ..., etwa die Hälfte aller Untersuchungshäftlinge (85.000). Die Nachrichten

über Entlassungen, Festnahmen, Verhaftungen nehmen nicht ab, auch heute, am 17.09.2017, nicht. Die Kapazitäten der Gefängnisse sind weit mehr als ausgeschöpft ... Und ein Minister hat bereits angekündigt, dass die Zahl der entlassenen Beamten auf 500.000 ansteigen könnte. Ursache für diese Zahlen ist allerdings nicht die Hetze gegen irgendwelche Regimekritiker, sondern weit überwiegend der Kampf gegen die Gülen-Bewegung, der uns nach wie vor rätselhaft erscheint. Selbst wenn nur bei 10% der betroffenen Beamten eine direkte Verstrickung in die Aktivitäten der Gülen-Bewegung nachgewiesen werden könnte ...

Dass nur einen Tag nach dem Putschversuch das Tempo sozusagen von Null auf Hundert zugenommen hat, ist darauf zurückzuführen, dass die Säuberungen bereits sorgfältig vorbereitet waren. Schwierig war allein die Umsetzung, denn die Gülen-Anhänger saßen in entscheidenden Positionen. Die späteren Entlassungen, Festnahmen und Verhaftungen ergeben sich dann sowohl aus Informationen aus der ersten Verhaftungswelle als auch daraus, dass die Datenauswertung (By-Lock) ihre Zeit braucht. Der Putsch hatte allenfalls die Wirkung eines Brandbeschleunigers. Verschwörungstheoretiker zeigen daher auch wegen des engen zeitlichen Zusammenhangs, der extrem schnellen Reaktion des zivilen Regimes auf den Putsch auf Erdoğan als Dramaturgen und Intendanten des Theaterstücks. Und das Feuer greift auf Flächen über, für die es nicht gelegt worden war. Es wird nicht nur das Krebsgeschwür (Präsidenten-Terminologie) entfernt, sondern gleich das ganze Organ. Regierung und Strafjustiz greifen gefährlich tief in das System, in alle Bereiche des Staates ein.

Allerdings ist es problematisch, dies einfach mit Allmachtphantasien eines einzelnen Mannes zu erklären.

Sieht man einmal von den persönlichen Motiven und „Visionen“ des Staatspräsidenten ab, dürfte eine Erklärung für diese Maßnahmen im Charakter der Gülen-Bewegung zu suchen sein (vgl. eine einfache [Reportage des Deutschlandfunks aus 2014](#)). Sie schien für einen aufgeklärten Islam zu stehen, andererseits wurde Gülen auch schon vor mehr als 20 Jahren, also vor der AKP-Regierung, wegen antilaizistischer Propaganda verfolgt, was nichts anderes bedeutete, als dass ihm Pläne für die Errichtung eines Staates auf islamischer Grundlage vorgeworfen wurden. Der Umstand, dass Gülen früher nicht die islamistischen, sondern die bürgerlichen Parteien unterstützt hatte, könnte als Verdeckungsstrategie verstanden werden - und als ein kluger Schachzug, weil er für die ihm zugeschriebenen Infiltrationspläne natürlich über etablierte Parteien der Mitte schneller zum Ziel kommen konnte als über die damals noch an der politischen Peripherie dümpelnden islamistischen Parteien, zumal diese ähnlich den kurdischen Parteien ständig durch verfassungsgerichtliche Verbote bedroht waren. Auch die Unterwanderung des Militärs konnte ihm nur aus der bürgerlichen Mitte heraus gelingen, die zwar islamisch, nicht aber islamistisch war und ist.

Dann aber fand er in der AKP eine Plattform, über welche Tausende von weiteren Abgängern seiner Schulen und Universitäten sich in gute Positionen in Staat und Gesellschaft hocharbeiten konnten. Und es wäre naiv zu glauben, dass die Seilschaften sich an die gegebenen Regeln gehalten und nicht auch die Funktion gehabt hätten, eben die

richtigen Anhänger und Sympathisanten in die richtigen Positionen zu bringen, Prüfungsmanipulationen inbegriffen. Effizient wurde dieser Marsch durch die Institutionen im Bildungssektor, aber auch in Militär und Polizei. Der AKP kam dies zunächst zupass. Während bis ca. 2012 Gülen und seine Anhänger als Stütze der religionsnahen AKP-Politik galten, sieht Präsident Erdoğan in ihnen aber nunmehr eine Gemeinschaft, die auf einem engen Zusammenhalt beruhte und sich anschickte, die Kontrolle über den gesamten Staatsapparat zu übernehmen - zwar mit Hilfe der AKP, jedoch ohne sich deren politischer Kontrolle zu unterwerfen. Die Gülen-Bewegung, obwohl durchaus offen agierend, hat den Charakter eines riesigen Geheimbundes erhalten, der sich an die Stelle der eigentlichen Regierung zu setzen anschickte. In der öffentlichen Diskussion war die Rede von einem „Parallelstaat“.

Wenn eine Regierung Polizei, Militär und Bildungswesen säubert, bis an den Rand des Zusammenbruchs des Systems, und dabei eben bei weitem nicht nur Regimekritiker, sondern in der überwältigenden Mehrheit in ihrer Weltanschauung der AKP durchaus nahestehende Personen, dann muss das zu denken geben.

Dabei sind Vergleiche mit dem Exilanten Khomeini, der nach seiner Rückkehr in den Iran Ende 1978 einen radikalen Umschwung zugunsten eines islamisch-konservativen Gottesstaates herbeigeführt hatte, nicht selten. Aus deutscher Sicht kaum nachvollziehbar, wäre die Bewegung vielleicht auch mit der Loge P2 in Italien zu vergleichen, der man ja ebenfalls eine verbrecherische Unterwanderung staatlicher Institutionen zuschreibt - nur mit dem Unterschied, dass sich die Gülen-Bewegung auf Zehntausende, wahrscheinlich Hunderttausende Anhänger stützen konnte und sich ihre politische und bürokratische Elite selbst gestrickt hat. Scientology auf islamisch.

Jedenfalls müssen wir begreifen, dass auf dem Establishment hinter und unter Erdoğan ein enormer Handlungsdruck lastete, dem es nach dem gescheiterten Putsch nun Folge leistet, indem es diesen Druck nicht nur abschüttelt, sondern Gegendruck aufbaut.

Gefahr für den Rechtsstaat

Nicht unter jedem Stein lauert Erdoğan

Die aktuelle Situation kommt der Abschaffung des Rechtsstaats gleich. Was das Regime derzeit auf der Grundlage eines begrenzten Notstandsrechts, das ausdrücklich mit einem angeblichen, „durch die ‚Terrororganisation des Fethullah Gülen‘ angezettelten Putsch“ begründet wurde und nun mit der Jagd auf die Anhänger der Gülen-Bewegung begründet wird, mit dem ganzen Staats- und Justizsystem anstellt, hat mit gelebter Rechtsstaatlichkeit nichts mehr zu tun. Allerdings kann das Problem nicht darauf reduziert werden, dass hinter allem und jedem der aktuelle Präsident Erdoğan steckt.

Willfährige Justiz?

Einerseits stützt sich das Regime auf eine willfährige Justiz, in der offenbar die Angst vor Karrierebrüchen oder Entlassungen vorherrscht. Die Richtergarantie, ein hehres Prinzip der türkischen Verfassung, scheint außer Kraft gesetzt, vollzogen durch die Kolleginnen und

Kollegen aus derselben Justiz. Es geht dem Regime nicht mehr nur um Gülen, es geht ihm um alles, um die Usurpation von Staat und Gesellschaft durch die Ideologie einer Partei, die gerade mal die Hälfte der Stimmen auf sich vereinigen konnte und an Zustimmung verliert, und den Ausbau der Macht ihres Führers.

Wenn zum Beispiel die gesamte Redaktion nebst Kolumnisten, Journalisten und Karikaturisten der traditionellen Tageszeitung Cumhuriyet verhaftet wird (heute, am 17.09.2017, sind immer noch vier von ihnen, inzwischen mehr als 230 Tage, in Haft, nachdem am 28.7. sieben endlich unter Auflagen auf freien Fuß gesetzt wurden), so müssen diese Menschen entweder Mitglieder einer Mörderbande sein, oder es haben sich Staatsanwälte und Haftrichter gefunden, die hier irgendetwas vollstrecken, was auf der Grundlage der türkischen Strafprozessordnung nicht haltbar ist. Soweit im Laufe der ersten viertägigen Hauptverhandlung deutlich geworden, können die Anklageschriften nur als Witz bezeichnet werden, bar jeglicher strafrechtlichen Handwerkskunst. Noch nicht betroffen ist die CHP. Die Nationalistische Volkspartei MHP, die auch unter der Bezeichnung „Ülkücüler - Idealisten“ bekannt ist, hat sich ohnehin eilig ins Kielwasser des Präsidenten begeben - wenn auch längst nicht mehr in sich einig, sondern unter dem Protest großer Teile der Basis. Dem schwachen Ja-Sager und Vorsitzenden Devlet Bahçeli laufen seine Funktionäre davon, die in der Unterstützung der „Reform“ zu Recht erkennen, dass der Partei ihre Daseinsberechtigung genommen wird. Die MHP, einst stolzer Fahnenträger des türkischen Nationalismus, ist zu einem geradezu weibischen Anhängsel der AKP geworden, die ihre politischen Themen besetzt zu haben vorgibt. Die derzeit in der Gründung befindliche Abspaltung unter Meral Akşener, einer kultivierten nationalkonservativen Politikerin, könnte selbst Gefahr laufen, ins Visier der politischen Justiz zu geraten.

Überforderte Justiz

Andererseits muss man aber auch sehen, dass die Justiz, die ja selbst Ziel von Säuberungen geworden ist, mit der Situation völlig überfordert ist. Natürlich wären nach deutschen Maßstäben wahrscheinlich 80-90% der inhaftierten Beschuldigten auf freien Fuß zu setzen, weil die Vorwürfe der Staatsanwaltschaften auf äußerst wackeligen Füßen stehen und die Haftgründe durch aus der Luft gegriffene Terrorvorwürfe strapaziert werden. Wenn aber die Gülen-Bewegung tatsächlich den Charakter eines perfekt durchorganisierten Geheimbundes hat, der sich durch die demokratisch legitimierte Politik nicht kontrollieren lässt, wenn sie tatsächlich in den Putsch verwickelt ist, was man trotz alternativer Denkmodelle nicht einfach vom Tisch fegen kann - wie soll man mit diesem Parallelsystem fertig werden? Muss man es bekämpfen oder dulden? Wie kann man es effizient bekämpfen? Ganz unabhängig von der Bewertung der Person des Präsidenten Erdoğan - von was genau wird das türkische Verwaltungs- und Politiksystem gerade gereinigt, ist diese Reinigung unerlässlich, um dem Land langfristig die Option für eine offene und freie Gesellschaft offen zu halten? Wer ist Teufel, wer ist Beelzebub? Versagt der Rechtsstaat wirklich nachhaltig oder ist er nur temporär überfordert?

Gülen-Bewegung - eine „terroristische“ Vereinigung im Rechtssinne?

Weder mit der Behauptung noch mit dem Bestreiten ihres terroristischen Charakters erfasst man das Phänomen dieser Bewegung - einer Bewegung, die möglicherweise auch ohne Gewalt den Umsturz über den Marsch durch die Institutionen herbeigeführt hätte. Möglicherweise haben wir es hier tatsächlich mit einem Fall zu tun, in dem - vergessen wir für diesen Moment den Putschversuch - eine große und starke Bewegung für die Verfolgung des Ziels eines autokratischen, religiös orientierten Staates eine Strategie verwendet hat, die unter die klassischen Definitionen wichtiger Staatsschutzdelikte nicht zu subsumieren ist - und den Traum eines unangefochtenen Marsches durch die Institutionen geträumt hat, der nun geplatzt ist. Vielleicht zum Glück für die Türkei und Europa - wir wissen es nicht...

Die [Gülen-Bewegung](#) erfüllt die Definition des „Terrorismus“, wie wir sie aus den einschlägigen Konventionen des Europarats und der UN oder dem türkischen Strafrecht kennen, nicht schon deshalb, weil täglich hundertfach in allen Medien, selbst durch Persönlichkeiten aus der Justiz, von der Bewegung gar nicht mehr ohne das Attribut „terroristisch“ gesprochen wird. Es gibt noch immer kein Gerichtsurteil, das dies rechtsmittelfest oder rechtskräftig festgestellt hat. Das Attribut wird buchstäblich herbeigeredet. Auch wenn es der Regierung gelungen ist, den Eindruck zu verdichten, dass der Putsch auf Weisung von Fethullah Gülen oder seiner Führungsriege stattgefunden hat, gibt es auch insoweit noch keine sicheren gerichtlichen Feststellungen. Der parlamentarische Untersuchungsausschuss zum Putsch hat - höchst merkwürdig - seine Tätigkeit schnell eingestellt. Erst Ende Mai 2017 wurde ein als „geheim“ eingestuftes Bericht des türkischen Geheimdienstes verbreitet, der allerdings keine Erkenntnisse wiedergibt, die nicht ohnehin schon seitens der Regierung verbreitet worden wären; er wurde im Übrigen, obwohl belanglos, nach kürzester Zeit wieder aus dem Netz entfernt. Er fiel durch redaktionelle Schwäche und eine Diktion auf, die nicht die gebotene Sachlichkeit aufweist. Erwartungsgemäß kommt auch der Parlamentsausschuss in seinem erheblich verspätet vorgelegten [Bericht](#) zu der Feststellung, dass die Gülen-Bewegung für den Putsch verantwortlich sei. Auch wenn dem Bericht seitens einiger Beobachter bereits „Lügen“ vorgeworfen wurde, entspricht die Darstellung der Entwicklung der Gülen-Bewegung dem, was ich selbst seit 1987 beobachtet habe. Der Ausschuss will festgestellt haben, dass die CHP von Gülen Geld bekommen habe. Die CHP bestreitet das und erklärt das entsprechende Dokument für gefälscht. Allerdings wird wohl auch nicht der Anteil geleugnet, den die AKP, unter deren Fittichen Gülen seinen Marsch durch die Institutionen zehn Jahre lang unbehelligt fortsetzen konnte, an der heutigen Situation hat.

Missbrauch des Notstandsrechts

Jedenfalls geht schon die Ausrufung des Notstandes eigentlich zu weit, soweit er mit dem Putsch begründet worden ist. Zwar sind die Verfahrensregeln eingehalten worden, doch war der Putsch längst erfolgreich niedergeschlagen und für die Ausbreitung von Gewalthandlungen bestanden und bestehen keinerlei Anzeichen, sieht man einmal vom Südosten ab, wo ohnehin Krieg mit der PKK herrscht. Auch die Beschlagnahme des gesamten Vermögens der vielen Festgenommenen hatte keine ausreichende Rechtsgrundlage und musste durch Rechtsverordnungen mit Gesetzeskraft

(Gesetzesdekrete), die ohne Mitwirkung des Parlaments (nur nachträgliche Kontrolle der Claqueure von der AKP) durch die Regierung erlassen werden, verbessert oder gar geschaffen werden.

Ferner verstoßen inzwischen fast alle Rechtsverordnungen mit Gesetzeskraft, die derzeit im Amtsblatt veröffentlicht werden, in grösster Weise gegen die Verfassung. Denn kaum ein Gegenstand ist „durch den Notstand erfordert“. Auch mit den zahlreichen Entlassungen usurpiert die Regierung als Gesetzgeber die Kompetenzen der Verwaltung - vermutlich, weil sie befürchtet, dass die Entlassungen überwiegend keinen Bestand vor der Verwaltungsgerichtsbarkeit hätten. Kurzum, die „Rechtsverordnung mit Gesetzeskraft“ hat mit verfassungsgemäßer Gesetzgebung nichts mehr zu tun. Das Instrument wird durch die Regierung missbraucht, um den Staat umzubauen.

Das Ende der Pressefreiheit

Traurig ist aber jedenfalls der Umgang mit der Presse. Die Regierung hat ein unerträgliches Klima der Angst geschaffen, teilweise bereits ausgelöst durch die Flut von Beleidigungsklagen, die Präsident Erdoğan gerade auch gegen Journalisten hat einleiten lassen, die Kritik an seiner Person und seiner Politik geübt haben, und ebenso offenkundig getrieben von der eigenen Angst vor dem, was sie selbst ständig als „das Volk“ beschwört. Es mag sein, dass bei einzelnen, auch renommierten Journalisten überraschend enge Verbindungen zur Gülen-Bewegung nachgewiesen werden können. Aber sollte nicht jeder gute Journalist solche Verbindungen haben, wie auch zu Politikern, Parteien oder zu wem auch immer, der relevant für die Berichterstattung sein könnte, zu Kommunisten, Islamisten, radikalen Kurden, Nationalisten, Satanisten? So haben die vielen, oft immer noch nicht nachvollziehbaren Aktionen gegen Zeitungen und Journalisten, von denen inzwischen Hunderten die Presselizenzen entzogen worden sind, den bitteren Beigeschmack, dass es eben doch nur darum geht, kritische Stimmen mundtot zu machen. Dabei trifft es auch gleich solche Journalisten, deren kritische Kommentare zur türkischen Politik bezüglich des türkischen Südostens sie als „PKK-Unterstützer“ in die Gefängnisse bringt. Der deutsch-türkische Journalist Deniz Yücel sitzt unter anderem seit mehr als 230 Tagen in Untersuchungshaft, weil man ihm ein Interview mit einem PKK-Führer als „terroristische Propaganda“ vorwirft. Nach deutschem Verständnis von Pressefreiheit ein absurder Vorwurf. Der Tod der Pressefreiheit als Kollateralschaden der Hexenjagd gegen die Gülen-Bewegung ... Oder richtiger: die Hexenjagd als Vorwand, regierungskritische Medien auszuschalten ... ?

In einer früheren Ausgabe dieses Beitrags hatte ich noch gemeint, bei der linientreuen Presse (*havuz basını*) vereinzelt kritischere Berichterstattung erkennen zu können. Jetzt bleibt mir nur noch das Ergebnis meiner Wahrnehmungen mitzuteilen: Erschütternd. Es wird gelogen und geklittert, dass einem speiübel bei der Lektüre wird. Bedauerlich ist dies vor allem im Hinblick auf „Sabah“, vor vielen Jahren einmal eine Zeitung für die untere Mittelschicht mit hohem Anspruch an qualitativ hochwertigen Journalismus. Auch die „Milliyet“, früher eine bürgerlich-liberale Zeitung, die für Freiheit und Demokratie nicht nur stand, sondern auch kämpfte und dafür sogar Blutzoll entrichten musste (ihr bekanntester Chefredakteur Abdi İpekçi wurde im Februar 1979 ermordet), hat nach einer

langen Periode der Verwandlung in das Sprachrohr des Führers einer großen Unternehmensgruppe, Aydın Doğan, den Weg in den Abgrund der linientreuen Presse geschaffen. Und wo noch die Lichter eines seriösen Journalismus mit kritischem Anstrich (z.B. bei der konservativen Hürriyet) aufblitzen, fragt man sich eigentlich nur noch, wann es die mutigen Kommentatoren treffen wird.

Die unrühmliche Rolle des Verfassungsgerichts

Für einen Rückschlag des Rechtsstaates ist zu meinem großen Bedauern das Verfassungsgericht verantwortlich. Die CHP hatte den Mut gefunden, gegen einen Teil der Rechtsverordnungen mit Gesetzeskraft, die im Jahre 2016 nach dem Putsch erlassen wurden, vor das Verfassungsgericht zu ziehen. Die Begründung dafür war der Bezug auf ein Urteil aus dem Jahre 1991, in welchem das Verfassungsgericht gesagt hatte: „*Gegen eine Rechtsverordnung mit Gesetzeskraft im Notstand ist der Weg zum Verfassungsgericht nur dann verschlossen, wenn sie tatsächlich notstandsrelevante Gegenstände regelt.*“ Das Verfassungsgericht hat diese Linie mit zwei [Urteilen v. 2.11.2016](#) wieder verlassen und sich für unzuständig erklärt mit der fragwürdigen Begründung, dass Verfassung und Gesetzgeber jegliche Rechtsverordnung mit Gesetzeskraft hätten dem Zugriff des Verfassungsgerichts entziehen wollen. Damit ist die wichtigste rechtsstaatliche Kontrolle von Parlament und Regierung entfallen. Der Autor geht davon aus, dass das Verfassungsgericht eine sachfremde Abwägung getroffen hat: Grund für das Urteil war vermutlich die Befürchtung, dass das Regime ganz einfach mit der Abschaffung des Verfassungsgerichts reagiert. Zwei Verfassungsrichter waren kurz davor wegen angeblicher Gülen-Verbindungen aus dem Verfassungsgericht entfernt worden - mit Zustimmung des hierfür selbst zuständigen Gerichts. Die am Tag der Verfassung am 23.4.2017 durch den Präsidenten des Verfassungsgerichts in einer Ansprache wiederholte Begründung, das Verfassungsgericht dürfe sich hier nicht künstlich einen Freiraum für die Kontrolle von Rechtsverordnungen mit Gesetzeskraft schaffen, wirkte lau und wenig überzeugend. Denn seine bisherige Rechtsprechung war verfassungsjuristisch überzeugend und hatte kaum Kritik hervorgerufen.

Die Regierung missinterpretiert jetzt die fehlende Anfechtbarkeit ihrer Rechtsverordnungen mit Gesetzeskraft als Freibrief zum beliebigen Erlass solcher Rechtsverordnungen zu jedem Thema. Eigentlich darf sie mit solchen Dekreten nicht in die Grundrechte eingreifen, tut es aber mit den Tausenden von Entlassungen aus dem Staatsdienst. Der Rechtsweg ist hier vollständig verschlossen, die Entlassenen sind nicht angehört worden und haben auch nicht die Möglichkeit, sich in einem Verfahren zu verteidigen. In der Sache [Mercan vs. Türkei](#) hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte entschieden, dass Antragsteller - hier war es eine junge Richterin - erst den Rechtsweg ausschöpfen müssen. Es ist eigentlich nachvollziehbar - aber welcher Rechtsweg?

Eigentlich sollten die entlassenen Beamten, Richter, Staatsanwälte, festgenommenen Unternehmer und sonstige Personen alle Rechte haben, die ein Rechtsstaat zur Verfügung stellt. Entlassungen mögen notstandsbedingt sein - dennoch haben die Betroffenen Anspruch auf beamtenrechtlich bzw. justizrechtlich nachvollziehbare, am Gesetz

orientierte Begründungen. Die Verwaltungsgerichte sind für Rechtsverordnungen mit Gesetzeskraft nicht zuständig, der Weg zum Verfassungsgericht ist verschlossen ...

Des Weiteren sieht das Gesetz eine Verlängerung des Notstandes auf maximal sechs Monate vor. Davon hat die Regierung Gebrauch gemacht und wird auch dann weiter davon Gebrauch machen, wenn sie es eigentlich gar nicht mehr darf. Und sie hat es bereits getan. Die Ermittlungs- und Personalakten der Betroffenen dümpeln weiter vor sich hin. Anklagen bleiben unerhoben, die Gefängnisse sind voll von Menschen, die bis heute nicht wissen, was ihnen eigentlich vorgeworfen wird.

Und das Parlament? Es hat seit Juli 2016 nicht mehr wirklich gearbeitet. Kein Abgeordneter wird die vielen völkerrechtlichen Verträge gelesen oder zur Kenntnis genommen haben, die das Parlament bis heute mal eben in Gesetzesform durchgewinkt hat, begleitet von einer Presse, die dem Präsidenten beim eifrigen Unterschreiben von Gesetzen zuschaut - Ratifikationsgesetze, gegen welche ein Veto ohnehin keinen Sinn machen würde. Das Parlament hat sich überflüssig gemacht. Nach dem erfolgreichen Referendum wird das Parlament dann auf 600 Mitglieder aufgeblasen, seine Funktion als Organ der Repräsentation des Volkswillens verliert es aber dennoch, denn alles wird dann auf einen Mann oder eine Frau - den Präsidenten oder die Präsidentin - zugeschnitten sein.

Immerhin, zwischenzeitlich haben die Gülen-Prozesse begonnen.

Die ersten Gülen-Verfahren

Es gibt bereits zahlreiche laufende Verfahren. Fast täglich werden neue Anklageerhebungen bekannt. Bislang geben aber die Nachrichten aus den mündlichen Verhandlungen eher ein wirres Bild ab, zu den Beweislagen lässt sich wenig sagen. Auch gibt es schon einzelne Urteile, darunter auch Freisprüche. Eine Kommentierung ist derzeit noch nicht möglich.

Erdoğan - ein Diktator?

Unter einem Diktator stellen wir uns gemeinhin jemanden vor, der - auch wenn er auf demokratischem Wege an die Spitze des Staates gelangt ist - mit einem Notverordnungsrecht (Hindenburg 1933) oder ganz einfach mit militärischer und polizeilicher Gewalt die Staatsmacht in seiner Person bündelt. Diese vereinfachte Definition trifft auf Präsident Erdoğan (noch) nicht zu. Er hat ganz im Gegenteil schon als Ministerpräsident geschickt das Militär entmachtet. Nach dem Putsch wurde nicht nur das Militär weiter gesäubert, es wurden auch gut 20% der Polizeibeamten aus dem Dienst entfernt.

Formal unterschreibt Präsident Erdoğan nur dort, wo es die Verfassung vorsieht. An die Spielregeln der Verfassung hält er sich aber schon lange nicht mehr. Für das Referendum hat er öffentlich und nachhaltig geworben wie ein Parteichef - was ihm als Präsident eigentlich verboten war. Richterentlassungen kann kein Minister verfügen, dazu benötigt das System den (vormals: Hohen) Richter- und Staatsanwälterat, der wiederum überwiegend aus der Justiz rekrutiert wird, also geradezu ein Musterbeispiel dafür ist, wie

die Unabhängigkeit der Justiz zu organisieren ist - während wir in Deutschland eine Unabhängigkeit der Justiz leben, die bei genauem Hinsehen unter der Aufsicht von Exekutive und Parlament steht. Verkehrte Welt - eine strukturell nicht ganz unabhängige Justiz in Deutschland, die aber an innerer und effektiver Unabhängigkeit kaum etwas zu wünschen übrig lässt. Dagegen eine strukturell unabhängige türkische Justiz, die angstschlotternd zu vollziehen scheint, was der rededreudige Präsident in die Mikrofone wettet. Wie unabhängig sie innerlich tatsächlich ist, wird sich aber erst zeigen, wenn die Strafverfahren ihren Abschluss finden. Eklatant versagt hat sie bereits, als der Hohe Wahlrat, der aus obersten Richtern besteht, unter Missachtung der eindeutigen Regelungen des Wahlgesetzes ungültige Stimmzettel für gültig erklärte.

Erdoğan hat auch kein Notverordnungsrecht wie in Frankreich, mit dem er Regierung und Parlament aushebeln könnte. Erdoğan hatte sich bislang lediglich „zuschulden“ kommen lassen, dass er, obwohl er von Verfassungs wegen nicht Mitglied der AKP war, diese nach wie vor kontrolliert hat, inzwischen ist er wieder ihr Vorsitzender. Er hat *faktisch* den Ministerpräsidenten zu seinem Assistenten gemacht, der vollzieht, was der Präsident wünscht. Wenn er den Vorsitz im Ministerrat hat, so bestimmt er - jedenfalls der geltenden Rechtslage zufolge - nicht die Richtlinien der Politik, auch nicht als Vorsitzender des Nationalen Sicherheitsrates. Er stützt „seine“ Maßnahmen nicht auf ihm allein zustehende Kompetenzen, sondern bedient sich der ganzen Regierung und der AKP mit ihrer Mehrheit im Parlament, bleibt also innerhalb desjenigen Legitimationsrahmens, den ihm die Verfassung gezogen hat. So gesehen ist die aktuelle Situation also nicht nur Ausdruck der Stärke dieses Mannes, sondern vor allem auch der Schwäche der AKP und ihrer Führung, die sich dieser Autorität unterwirft.

Es ist die Omnipräsenz des Präsidenten und die geradezu totale Abhängigkeit „seiner“ Leute in Regierung und Parlament, die ihn zu dem machen, als der er erscheint: als Mann, der alles entscheidet, in allen politischen Bereichen. Erdoğan diktiert, der Rest der Belegschaft spurt. Mit oder ohne Gesetz.

Ein wichtiges Signal ist auch die Anbindung des Geheimdienstes MIT an den Präsidenten der Republik (bisher: Anbindung an den parlamentarisch kontrollierten Ministerpräsidenten). Der begründet dies mit dem unzutreffenden Hinweis auf die USA und Frankreich. In den USA stimmt das teilweise, dort spricht aber der Senat mit. In Frankreich hat der Präsident nichts mit dem Geheimdienst zu tun, der wie in den USA in verschiedene Dienste aufgespalten ist. Der MIT ist sowohl für das Inland als auch für das Ausland zuständig, eine parlamentarische Kontrolle gibt es jetzt nicht mehr.

Reaktionen aus Europa

Es gilt aber auch in der aktuellen Situation, dass die Reaktionen aus Politik und Medien in Europa von Unverständnis und Unkenntnis geprägt sind, auch wenn die Kritik oft sachlich gerechtfertigt sein mag. Die aktuelle Stärke des türkischen Präsidenten resultiert auch aus der Schwäche und Naivität der europäischen Reaktionen auf die Vorgänge in der Türkei.

Präsident Erdoğan ist ein unbequemer Partner, der sowohl in der Türkei als auch außerhalb der Türkei deutlich macht, wie es um seinen Respekt vor dem Recht und der Justiz bestellt ist. Er gibt das Bild eines Populisten ab, wie wir sie heute vermehrt an die Spitze von Staaten kommen sehen. Dennoch sollte verstanden werden, dass die von Erdoğan ausgehenden Drohungen tiefgehende Wurzeln haben, die die Europäer zum Teil selbst gelegt haben. Der Beschluss des Europaparlaments, der Kommission die Aussetzung der Beitrittsverhandlungen zu empfehlen, ist daher die weniger richtige Entscheidung. Wenn der Kanzlerkandidat Martin Schulz (SPD) die Beendigung der Beitrittsverhandlungen zur EU fordert und Kanzlerin Angela Merkel (CDU) eine solche Forderung zumindest in aufgeweichter Form ebenfalls erhebt, so zeigt das nur, dass unsere Spitzenpolitiker verkennen, dass die Türkei mitten unter uns ist, mit ihren Millionen Volkstürken in Europa, als Teil eines europäischen bzw. transatlantischen Verteidigungssystems, als Mitglied in allen relevanten internationalen und europäischen Vertragswerken. Die Türkei ist nicht Russland - und schon da ist geradezu erwiesen, dass man mit Sanktionen und Säbelrasseln keinen Schritt weiterkommt. Es gibt sicherlich ein paar Stellschrauben, welche durch das EU-Vertragssystem zur Verfügung gestellt werden und die man auch nutzen kann. Wichtig ist, dass sich die Seiten nicht in Polemiken verhaken statt ernsthaft miteinander zu sprechen. Nicht umsonst hat Erdoğan mit Ömer Çelik einen EU-Minister in der Regierung, mit dem - anders als etwa mit dem Außenminister Çavuşoğlu - eine gemeinsame Sprach- und Kommunikationsebene gepflegt werden kann.

Die Beitrittsverhandlungen sind eine wichtige Plattform, auf der weiterhin kommuniziert werden kann und muss, gerade auch nach dem Referendum. Es gilt, den demokratischen Restbestand im neuen Verfassungsgefüge zu aktivieren. Zum anderen ist die Ankündigung des Abbruchs aus der Sicht der Türken keine Drohung, sondern ganz einfach die Fortsetzung der herablassenden, manchmal geradezu beleidigenden Türkei-Politik der Mittel- und Westeuropäer - Mühlen auf die Rhetorik des Staatspräsidenten Erdoğan und seiner Minister.

Die Wende können wir mit dem 1. Mai 2004 ansetzen, als die EU die Zyperngriechen als "Republik Zypern" im Rahmen der 1. Osterweiterung in die EU aufgenommen haben, obwohl der von der Türkei und Griechenland abgesegnete Friedensplan von Kofi Annan in einer Volksabstimmung der Zyperngriechen abgelehnt worden war - einfach, weil nicht vorgesehen war, dass die Zyperngriechen den Plan ablehnen. [Zypern](#), ein Staat mit unklarer Verfassungslage und umstrittener völkerrechtlicher Position. Von diesem Schlag ins Gesicht haben sich die Türken bis heute nicht erholt. Die EU steht hier gegenüber der Türkei tief in der Schuld, die sie durch ihre Spielchen um die Aufhebung der Visapflicht noch vergrößert.

Die Europäer haben sich aufgrund einer in Jahrzehnten durchgehend verfehlten Türkei-Politik aus türkischer Sicht als Dummköpfe oder unzuverlässige Partner erpressbar gemacht. Die Voraussetzungen für die Aufhebung der Visa-Pflicht seien noch nicht erfüllt? Das hört man regelmäßig wiederholt von höchsten Stellen aus Berlin, Brüssel oder Wildbad-Kreuth - aber welche Voraussetzungen sind hier angeblich nicht erfüllt? Das mag heute, am 17.09.2017, wieder stimmen. Auch wenn die respektable wirtschaftliche Entwicklung in der Türkei nicht allein Verdienst einer erfolgreichen AKP ist, sondern unmittelbar mit einer

erfolgreichen Umsetzung der Zollunion zusammenhängt, die die heutige Türkei Turgut Özal verdankt.

Umso wichtiger ist jetzt also, die Vorgänge in der Türkei richtig zu interpretieren. Wir dürfen berechnete Zweifel am Demokratieverständnis von Erdoğan haben. Er vertritt eigentlich wenig an „Werten“, die in eine aufgeklärte, moderne Welt passen würde. Er folgt einem nicht nachvollziehbaren Geschichtsverständnis, sucht den Anschluss an den „Orient“. Es geht schon so weit, dass sich die unerträgliche Tageszeitung Akşam darüber freut, dass „die Araber den Präsidenten Erdoğan als ihren Führer“ anerkannten - in völliger Verkennung des Umstandes, dass den Arabern die Türkei zwar ein schönes Urlaubsland und Ziel von Investitionen ist, sie aber noch nie das osmanische Kalifat anerkannt haben und ihre Geschichte von erfolgloser Abwehr des osmanischen Herrschaftsanspruchs geprägt war - bis sie sich mit Unterstützung westlicher Mächte, insbesondere der Engländer, davon befreien konnten. Erdoğan ist die Personifizierung langjähriger türkischer Frustrationen über das Verhalten Europas gegenüber der Türkei. Tatsächlich aber hat sich die Hälfte der Bevölkerung im Hinblick auf das Geschehen vom 15. Juli 2016 in plötzlicher nationaler Einheit und im Irrglauben, dass es sich um eine großartige Demokratiebewegung handle, hinter den Präsidenten gestellt. Andererseits sind natürlich 51,4% für das Referendum kein glorreicher Sieg, der in keinem Verhältnis zu dem rhetorischen Aufwand steht, den der Präsident mit seinen Adlaten aus der Regierung betrieben hat. Die CHP liegt trotz ihrer eklatanten politischen Schwäche wieder bei rund 30%, Tendenz steigend. Andererseits gibt es europaweit kaum eine Partei mit solch klarer Wählerbasis, wie sie die AKP hat. Selbst die NSDAP hat die anschließende Katastrophe auf einer „demokratischen“ Basis von „nur“ 43,9% Wählerstimmen in 1933 auslösen können ...

Verfassungsänderung

Die durch das knapp ausgegangene Referendum bestätigte Verfassungsänderung wird zu einer Systemänderung führen. Der Kern der Änderung besteht darin, dass die Exekutive nicht mehr dem Parlament gegenüber verantwortlich sein wird, sondern direkt dem Volk, dem sie sich im gleichen Rhythmus wie das Parlament, nämlich alle fünf Jahre, zur Wahl stellen muss. Parlament und Justiz geraten jedoch weitgehend unter die Kontrolle des Präsidenten.

Eine ausführlichere Kommentierung findet sich unter <http://tuerkei-recht.de/downloads/Verfassungsaenderung.pdf>.

Ausblick

Die Türkei muss und wird auch in Zukunft ein wichtiger Partner bleiben. Die geostrategische Lage kann man nicht einfach wegdiskutieren. Allerdings darf die Türkei nicht mehr selbst bestimmen können, wie wichtig sie ist. Die Türkei darf nicht an andere Machtkonstellationen abgegeben werden. Die EU muss sich dringend um die Verbesserung und Pragmatisierung ihrer Beziehungen zu Russland und den Nachbarstaaten zur Türkei, insbesondere dem Iran bemühen. Anders lässt sich die Türkei nicht kanalisieren, die hier

ein Machtvakuum auszufüllen und ihre eigenen Beziehungen zu solchen Ländern gegenüber der EU als Erpressungsmittel zu verwenden sucht.

Wir Europäer haben allen Grund, weiterhin Vorsicht walten zu lassen. Wir tragen eine nicht zu überschätzende Mitverantwortung für die aktuelle Situation in der Türkei. Statt die Beendigung der Beitrittsverhandlungen zu propagieren, sollten wir die Gülen-Bewegung als ein Problem erkennen, mit dem die türkische Regierung nicht vollständig allein gelassen werden sollte.

Was die Probleme mit der Rechtsstaatlichkeit angeht, haben wir ja auch in der EU mindestens zwei Problemkinder, nämlich Ungarn und Polen. Wir haben den Brexit, verursacht durch eine völlig irrational, auf geradezu idiotische Weise anberaumte und durchgeführte Volksabstimmung in Großbritannien. Über die anderen Balkanländer wissen wir kaum etwas. Wir in Europa müssen also alles im Rahmen freundschaftlichen Anstands tun, um weiterhin Einfluss auf die rechtsstaatlichen Verhältnisse in der Türkei zu nehmen. Vor allem dürfen wir uns nicht durch das niedrige Sprachniveau türkischer Politiker irritieren lassen, die vor dem türkischen Wahlvolk nach wie vor um ihre eigene Legitimität zu kämpfen haben.

Und was die Kommunikation angeht, müssen wir Europäer genauso aufpassen wie Präsident Erdoğan - und uns davor hüten, unsere notorischen Fehler mit geradezu penetranter Kontinuität zu wiederholen. Wir müssen endlich lernen, Türkei-Politik zu betreiben, uns dabei nicht von der Rhetorik des türkischen Präsidenten anstecken oder verunsichern lassen. Der aktuelle Präsident des Europaparlaments macht schon wieder die typischen Fehler, indem er verkündet, die Türkei könne nur Mitglied werden, wenn sie die Pressefreiheit wieder herstelle. Die Forderung ist ja berechtigt, aber dennoch scheinheilig. Denn alle wissen, dass im Falle der Wiederherstellung der Pressefreiheit wieder nichts passieren, die Türkei keinen Schritt weiter auf dem Weg in die Mitgliedschaft kommen wird. Vor den Gezi-Protesten war noch alles im Lot, die Türkei eigentlich bereits bereit zur Aufnahme. Dennoch taten die Europäer alles, um die Beitrittsverhandlungen nicht zu beschleunigen. Die Versäumnisse und Fehler der letzten fünfzig Jahre haben dazu geführt, dass dies jetzt schwieriger ist denn je. Es kann sogar bedeuten, dass wir eine Abwägung zwischen dem Wunsch nach Frieden einerseits und dem Erhalt unserer Werte überall und um jeden Preis andererseits vornehmen müssen.

Auch die Türken sollten erkennen, dass sie mit ihrem derzeitigen Präsidenten keine gute Figur machen, er vor allem ihnen weder Probleme löst noch jemals zu einer neuen Größe verhelfen wird, wenn er alle Partner, Freunde und Feinde verprellt, wenn er die eigene Wirtschaft den eigenen Machtinteressen opfert.

Und noch ein Wort zu Zypern (hierzu verschiedene Beiträge unter <http://www.tuerkei-recht.de/varia/zypern/index.php>): Die EU ist jetzt dringend gefordert, den dortigen Friedensprozess, der kurz vor dem Abschluss zu stehen scheint, tatkräftig zu unterstützen, hier eine *Führungsrolle* zu übernehmen. Das Problem sind hier nicht nur die Türken, sondern vor allem auch die Süd-Zyprioten.

Und schließlich müssen wir alles tun, um den größten Unsinn der europäischen Geschichte der letzten 70 Jahre zu verhindern, nämlich den von einigen Dummköpfen in der europäischen Politik geforderten Ausschluss aus dem Europarat. Denn es gibt schlimmere Staaten im Europarat, wie zum Beispiel Aserbeidschan, und die unzweifelhaft fortbestehende Chance, über diesen Staatenverbund eine Kultur von Freiheit und Menschenwürde zu verbreiten.

Links und Hinweise

[Wikipedia zum Putsch v. 15.7.2016](#)

Dr. Günther Seufert, SWP, in Le Monde Diplomatique: [Anatomie des Putsches](#).

Verfassung synoptisch mit Text der Verfassungsänderungen: http://www.tuerkei-recht.de/downloads/verfassung_synoptisch.pdf

[Wikipedia zur Gülen-Bewegung](#) (ausgewogen und informativ)